

LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG

An die Damen und Herren von  
Presse, Funk und Fernsehen

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Laura Acksteiner  
Pressesprecherin  
Telefon 06131 967-308  
Telefax 06131 967-353  
pressestelle@lsjv.rlp.de

Rheinallee 97-101  
55118 Mainz

06. Oktober 2022

## Inklusion

### **Mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen – Mainzer Sozialcuvée blickt auf Herausforderungen in der In- klusionsarbeit**

Der aktuelle Koalitionsvertrag stellt die Inklusionsarbeit in Rheinland-Pfalz vor eine große Aufgabe. Wie eine Verdopplung der Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in Inklusionsbetrieben erreicht werden kann, mit dieser Frage beschäftigte sich das diesjährige Mainzer Sozialcuvée.

Am Abend des 06. Oktober 2022 lud das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wirtschaft sowie Akteurinnen und Akteure aus der Praxis zum gemeinsamen Austausch in den Erbacher Hof nach Mainz ein. Im Rahmen mehrerer Fachvorträge und anhand von Beispielen aus der Inklusionsarbeit wurden Perspektiven für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in das Arbeitsleben in Rheinland-Pfalz aufgezeigt.

„Beim Thema Gründung von Inklusionsbetrieben ist in unserem Land noch ‚etwas‘ Luft nach oben“, sagte Detlef Placzek, Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung zur Eröffnung der Veranstaltung. „Es ist uns deshalb ein großes Anliegen, Inklusionsbetriebe noch mehr in den gesellschaftlichen Fokus zu rücken und es für Arbeitgeber attraktiv zu machen, dass dies ein großartiger Weg ist, qualifiziertes und verlässliches Personal zu gewinnen.“

„Immer mehr Arbeitgeber aus Betrieben aller Größen und Branchen setzen auf Inklusion, und das aus gutem Grund: Menschen mit und ohne Behinderungen sind wertvolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf deren Arbeitskraft und Knowhow wir in Zeiten des Fachkräftemangels nicht verzichten können. Inklusion trägt damit nicht nur zur Vielfalt in den Betrieben bei, sondern ist auch ein wichtiger Wettbewerbsfaktor“, verdeutlicht Arbeits- und Sozialminister Alexander Schweitzer. „Vielen Arbeitgebern, die



# PRESSEDIENST

---

## LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG

ihr Unternehmen inklusiver aufstellen möchten, ist nicht bewusst, welche Fördermöglichkeiten existieren. Als Wegweiser durch die vielfältigen Unterstützungsangebote haben wir in diesem Jahr daher die Einheitlichen Ansprechstellen eingerichtet. Sie beraten und begleiten Arbeitgeber bei allen Fragen und Schritten im Zusammenhang mit der Einstellung, Beschäftigung oder Ausbildung von Menschen mit Behinderungen.“

Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Inklusionsfirmen e. V., Claudia Rustige, erläuterte die notwendigen Rahmenbedingungen für Inklusionsbetriebe und stellte die Chancen für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen heraus. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Inklusionsfirmen (bag if) ist die Interessenvertretung der Inklusionsunternehmen in Deutschland. Gemeinsam mit ihren Landesarbeitsgemeinschaften (lag if) bildet sie ein bundesweites Netzwerk von inklusiven Unternehmen und setzt sich für die Belange von Menschen mit schweren Behinderungen im Arbeitsleben ein.

Aus der Praxis berichtete Stefanie Seiler, Oberbürgermeisterin der Stadt Speyer. Am Beispiel des Inklusionsbetriebs Friedhof Speyer, in dem Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungen Arbeit gefunden haben, legte Oberbürgermeisterin Seiler dar, wie man auf kommunaler Ebene erfolgreich die Idee eines Inklusionsbetriebs umsetzen kann. Als drittes kommunales Inklusionsunternehmen in Rheinland-Pfalz gilt der Betrieb als Leuchtturmprojekt.

Die Diskussion über die Gründung von Inklusionsbetrieben ist eng verknüpft mit der Frage nach der Zukunft der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM). Dr. Peter Mozet aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) beleuchtete die rechtliche und wirtschaftliche Situation der Werkstattbeschäftigten sowie Alternativen zu den WfbM, die sich auch auf europäischer Ebene abzeichnen. Dr. Peter Mozet war zeitweise abgeordnet zur Europäischen Kommission im Bereich Arbeitsrecht und ist seit 2004 Leiter des Referats V a 2 (Teilhabe schwerbehinderter Menschen, Werkstätten, versorgungsmedizinische Begutachtung) beim BMAS.